

**Stadt Bergisch Gladbach
Der Bürgermeister**

Federführender Fachbereich Recht, Sicherheit und Ordnung		Drucksachen-Nr. 250/2006
		<input checked="" type="checkbox"/> Öffentlich
		<input type="checkbox"/> Nichtöffentlich
Beschlussvorlage		
Beratungsfolge ▼	Sitzungsdatum	Art der Behandlung (Beratung, Entscheidung)
Hauptausschuss	30. 05. 2006	Entscheidung

Tagesordnungspunkt

Reorganisation Bürgerbüros

Beschlussvorschlag:

@->

1. Der Bürgermeister wird beauftragt, dem Hauptausschuß ein Konzept „Mobile Bürgerdienste Bergisch Gladbach“ vorzulegen.
2. Der Bürgermeister wird beauftragt, den Mietvertrag für das Bürgerbüro Refrath zum 25.06.2007 zu kündigen.

<-@

Sachdarstellung / Begründung:

@->

1.

Gemäß dem Beschluß des Hauptausschusses vom 06.12.2005 sind die Bürgerbüros Bensberg und Refrath seit Januar dieses Jahres montags bis freitags im Wechsel geöffnet. Für diese Öffnungszeiten sind insgesamt 3,0 Stellen im Servicebereich notwendig.

2.

Der Hauptausschuß hatte den Bürgermeister beauftragt, unter Beachtung der haushaltsrechtlichen Vorgaben ein Konzept zur Einführung eines Bürgerbusses zu erarbeiten und so rechtzeitig vorzulegen, dass der Bürgerbus zum 01.07.2006 den Betrieb aufnehmen kann.

Nach derzeitigem Kenntnisstand wäre die Einführung eines Bürgerbusses mit folgenden Kosten verbunden:

Investitionsaufwand

Anschaffung eines gebrauchten Linienbusses; Angebot KWS	16.000,00 €
Innenausstattung (Bodenaufbau, Decken- Seitenverkleidung; Möblierung; Verkabelung)	40.000,00 €
Sonstiges (Entkernung; Entsorgung; Lackierung; unvorhergesehenes)	14.000,00 €
DV-technische Infrastruktur bei 4 Standorten	5.000,00 €
Gesamt	75.000,00 €

- > Die Ausstattung von 2 Arbeitsplätzen bleibt unberücksichtigt, weil diese in Bensberg und Refrath eingespart werden.

Laufende Kosten pro Jahr

Fahrzeugkosten (Betriebsmittel; TÜV; Versicherung; Steuer; Reparatur/Wartung; unvorhergesehenes)	10.000,00 €
DV/Telefon/Leitungskosten	5.000,00 €
Personalkosten Fahrer (anteilig)	9.000,00 €
Gesamt	24.000,00 €

- Die Personalkosten und laufende Sachkosten für 2 Servicestellen bleiben unberücksichtigt, weil diese in Bensberg und Refrath eingespart werden.

Im Zuge der Bearbeitung ist die Verwaltung auf ein anderes Modell mobiler Bürgerdienste gestoßen, das in etwas unterschiedlicher Form in Berlin und in Dortmund praktiziert wird.

In Berlin werden in mehreren Bezirken Arbeitsplätze sowohl in öffentlichen (Schulen, Bibliotheken) als auch in privaten Gebäuden (Banken, Krankenhäusern) vorgehalten und zu bestimmten Öffnungszeiten besetzt. Dort können nahezu alle Aufgaben des Bürgeramtes erledigt werden. Möglich ist dies durch modernste DV-Technik mittels eines Rollkoffers, der die notwendige Hardwareausstattung enthält. Das sog. rollende Rathaus des Projektes „Mobile Bürgerdienste“ stößt offenkundig auf große Resonanz bei den Bürgerinnen und Bürgern (siehe Anlage).

Die Stadt Dortmund praktiziert ihre dezentralen Bürgerdienste in 9 städtischen Bezirksverwaltungsstellen. Darüber hinaus unterhält Dortmund mobile Bürgerdienste in der Form, dass nach Vereinbarung Außentermine (Krankenhäuser, Altenheime) wahrgenommen und sogar (gebührenpflichtige) Hausbesuche gemacht werden. Dabei bedient sich Dortmund ähnlicher mobiler DV-Technik wie Berlin.

Nach eingehenden Überlegungen hält der Bürgermeister ein Modell „Mobile Bürgerdienste“ ähnlich wie in Berlin und Dortmund für sinnvoller als die Anschaffung eines Bürgerbusses. Welche städtischen (Schulen) oder privaten Räumlichkeiten (Banken) in welchen Stadtteilen sich zur Vorphaltung von 2 Arbeitsplätzen anbieten, müsste untersucht werden. Im Laufe des Monats Mai werden sich Mitarbeiter/innen der Verwaltung zunächst in Dortmund eingehend informieren. Über das Ergebnis wird in der Sitzung des Hauptausschusses berichtet.

3.

Der Bürgermeister beabsichtigt, bei Realisierung des Projektes „Mobile Bürgerdienste“ die derzeitigen stationären Bürgerbüros Bensberg und Refrath zu schließen. Für diesen Fall ist es jedoch erforderlich, vorsorglich den Mietvertrag für das Bürgerbüro Refrath bis zum 25.06.2006 zum 25.06.2007 zu kündigen. Ansonsten würde sich die Mietdauer automatisch um weitere 5 Jahre verlängern. Auch ist zu berücksichtigen, dass sich die Vorgaben des HSK nur einhalten lassen, wenn die Bürgerbüros Bensberg und Refrath geschlossen werden.

<-@

Finanzielle Auswirkungen:	
1. Gesamtkosten der Maßnahme:	
2. Jährliche Folgekosten:	
3. Finanzierung: - Eigenanteil: - objektbezogene Einnahmen:	
4. Veranschlagung der Haushaltsmittel:	
5. Haushaltsstelle: -	